21450 Deutsche Post AG

NR. 2_2013
65. Jahrgang

DIE NIEDERSÄCHSISCHE GEMEINDE

www.nsgb.de

Gemeinde Dörverden

Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

„Klare Worte" zum Koalitionsvertrag 36

Rundfunkbeitrag 47

Ländlicher Raum bald ohne Nahversorgung? 51

Themenschwerpunkt E-Government

OpenData 40

Bürgerbeteiligung 2.0 41

Aus dem Inhalt

Editorial 33

Mitglieder stellen sich vor
Gemeinde Dörverden 34

Aus dem Städte- und Gemeindebund
„Klare Worte" des NSGB zum rot-grünen Koalitionsvertrag 36
Landesregierung startet mit Spezialitäten aus dem NSGB 36
NSGB begrüßt Urteil zur Kreislumlage 37

Themenschwerpunkt: E-Government
Erfolgreicher CeBIT-Kommunaltag 2013
Von Volker Benke 38
OpenData – Partizipation und Transparenz
Von Bernhard Möller 40
Facebook an der Spitze der sozialen Netzwerke 40
Bürgerbeteiligung 2.0
Von Lena-Sophie Müller 41
Online informiert 42
Das zentrale Behördenpostfach für elektronische Post bei HannIT 43
Online-Beteiligung: Kommune und Community in Wennigsen
Von Christoph Meineke 44
Foto des Monats 45

Titelfoto: Gemeinde Dörverden, Armin Weyde.

Zur Person
Wahlen und Ernennungen, Ehrungen und Jubiläen, Nachruf 45

Kommunale Umwelt-AktioN U.A.N.
Aktionen der U.A.N. 2012 46

Allgemeine Verwaltung und Europa
Neues Meldegesetz: Ein Gewinn für die Bürger und die Städte und Gemeinden 46

Öffentliche Sicherheit und Verkehr
Rundfunkbeitrag: Freiwillige Feuerwehr beitragsfrei 47

Mal was anderes...
Ein Lobpreis auf die gemeindliche Selbstverwaltung 48

Schulen, Kultur und Sport
Es geht um mehr als nur ums „Grün" 48
Trachten in Niedersachsen
Von Manuela Kretschmer 49

Arbeit und Soziales
Reform und Neuordnung aller familienpolitischen Leistungen 50
Fünf Nummern gegen die Sorgen auf dem Hof 50

Bauen und Wohnen
Ländlicher Raum bald ohne Nahversorgung?
Von Dr. Manfred Steinröx 51
Wohnbaulandentwicklung in Niedersachsen
Von Prof. Dr. Ruth Rohr-Zänker 53
Erfahrungsaustausch Städtebauförderung „Kleinere Städte und Gemeinden"
Von Markus Löwer 55
Das Bieterverfahren zur optimalen Neuausrichtung kommunaler Immobilienbestände 57

Wirtschaft und Tourismus
Wie können Kommunen vom Marketing-Denken profitieren? 58
Leitfaden für die Finanzierung von Versorgungsnetzen 58
Sparkassenverband: Kritik an Überregulierung
Von Volker Benke 59

Umwelt
Energiewende mit Augenmaß
Von Eckart Abel-Lorenz 60
Klimapolitik über Grenzen hinweg 62
Einsparpotenzial beim Heizen 63
Vor 50 Jahren 64

Finanzen und Steuern
Hessen und Bayern klagen Umschlag

Bücherschau 53, 59, 64

Impressum Umschlag

die Gemeinde nicht gehalten, die WEA-Nutzung bis an den Rand dessen zu ermöglichen, was anhand der Maßstäbe des Immissionsschutzrechts gerade noch zulässig ist. Abwägungsfehlerhaft ist eine sich am Vorsorgegrundsatz des § 5 Abs. 1 Nr. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz orientierende Planung im Rahmen des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB erst dann, wenn sie auch unter Berücksichtigung des Gestaltungsspielraums, den der Gesetzgeber der Gemeinde zubilligt, städtebaulich nicht mehr begründbar ist.[12]

Begrenzungen in Bezug auf WEA sind der Gemeinde in der Regel nicht im Flächennutzungsplan, sondern erst im daraus entwickelten Bebauungsplan, zum Teil auch in örtlichen Bauvorschriften, rechtlich möglich im Hinblick auf Standort,[13] Zahl,[14] Höhe,[15] Rotorradius,[16] Abstände untereinander[17] und zur Wohnbebauung.[18] In Bezug auf letztere ist zum Beispiel den Gemeinden in Niedersachsen eine Abweichung von den Empfehlungen des jeweiligen Landeserlasses zu Gunsten der betroffenen Eigentümer möglich.[19]

Der ausführlichere Artikel „Energiewende mit Augenmaß" des Autors ist in Stadt und Gemeinde, Ausgabe 10/2012, erschienen. Dieser kann unter www.nsgb.info im Bereich „DNG" heruntergeladen werden.

12 BVerwG, Urteil vom 17.12.2002 – 4 C 15.01 –, ZUR 2003, 280, 285.

13 BVerwG, Beschluss vom 25.11.2003 – 4 BN 60.03 –, NVwZ 2004, 477, 478.

14 BVerwG, Beschluss vom 25.11.2003 – 4 BN 60.03 –, NVwZ 2004, 477, 478.

15 OVG Niedersachsen, Urteil vom 16.11.2009 – 12 LC 181/07 –, juris, Rn. 32, 34: im Flächennutzungsplan und Beschluss vom 22.7.2003 – 1 LA 238/02 –, NVwZ-RR 2004, 14 ff.: im Bebauungsplan.

16 OVG Niedersachsen, Urteil vom 21.12.2010 – 12 KN 71/08 –, BauR 2011, 1140, 1141 f. nicht im Bebauungsplan, aber in örtlichen Bauvorschriften.

17 OVG NRW, Urteil vom 6.8.2003 – 7aD 100/01.NE –, UPR 2004, 159 (nur Leitsatz).

18 OVG Niedersachsen, Urteil vom 8.12.2011 – 12 KN 208/09 –, NordÖR 2012, 191, 195.

19 OVG Niedersachsen, Urteil vom 24.6.2004 – 1 LC 185/03 –, juris, Rn. 33 ff.

Klima-Politik über Grenzen hinweg

Flexibilität bei Planungen, grenzüberschreitendes Flussgebietsmanagement und Erfahrungsaustausch über Anpassungsmaßnahmen zum Klimawandel gehören unter anderem zu den Kernbegriffen der Empfehlungen, die das internationale Clusterprojekt „SIC adapt!" in seiner Konferenz am 29. Januar 2013 in der nordfranzösischen Metropole Lille vorgelegt hat. Experten aus sieben europäischen Ländern riefen die Politik auf, notwendige Anpassungsschritte an den Klimawandel nicht wegen ungenauer Prognosen und anderer Unwägbarkeiten hinauszuzögern.

Die Empfehlungen aus acht europäischen Klimaprojekten wurden unter dem Motto „Tempus fugit" (lateinisch, „Die Zeit eilt") zusammengefasst, die sich durch die fünf Buchstaben von FUGIT symbolisieren lassen:

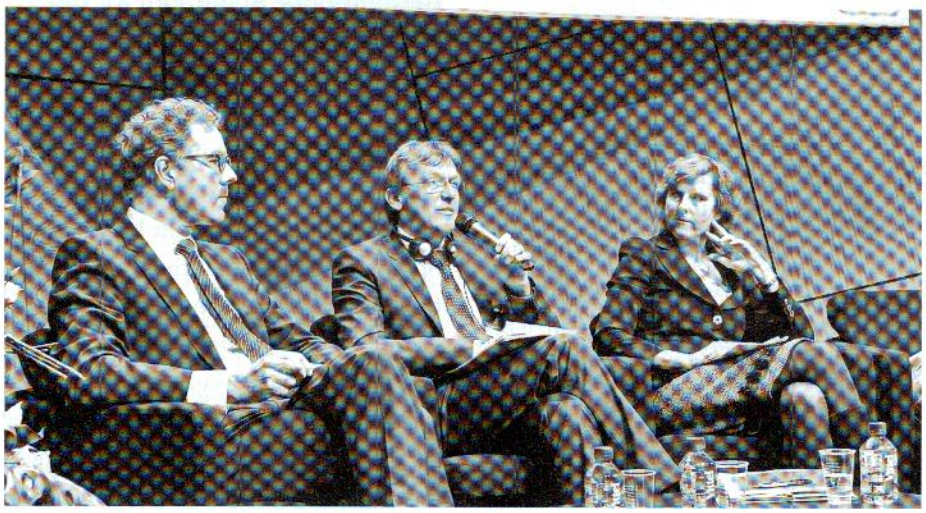
F für Flexibility: Flexibilität bei Planungen ist geboten, um Entscheidungen unter unsicheren Prognosen zu ermöglichen.

U für Understanding: Ökonomische Folgen des Klimawandels müssen für die breite Öffentlichkeit und Entscheidungsträger spürbarer werden – grenzüberschreitendes Flussgebietsmanagement wird wichtiger.

G für Galvanise: Angestoßen werden muss koordiniertes Handeln über alle Sektoren hinweg anstelle sektorspezifischer Antworten auf Klimaprobleme. Ein Schlüsselbereich zur Vermeidung von Überflutungsgefahren zum Beispiel ist das Verhältnis zwischen Wasser-Sektor, Raumplanung und Landwirtschaft.

I für Integration: Monitoring und Maßnahmenpläne für unterschiedliche Sektoren müssen stärker integriert werden.

T für Tools: Vorhandenes Wissen und Erfahrungen über Anpassungsmethoden zum Klimawandel sollen zur Verbesserung von Entscheidungsprozessen bereitgestellt werden.



Von links: Dr. Stefan Kuks, Verband der regionalen holländischen Wasserwirtschaft, Dr. Emanuel Grün, Technischer Vorstand des Lippeverbandes, und Connie Hedegaard, EU-Klimakommissarin

EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard, der die Empfehlungen übergeben wurden, erklärte: „Die Anpassung an den Klimawandel ist eine der wesentlichen Herausforderungen für die räumliche Entwicklung in Europa. Initiativen wie „SIC adapt!" sind eine große Hilfe für Entscheidungsträger, um die besten Lösungen für ihre Bürger auszuwählen. Und die acht transnationalen Kooperationsprojekte tragen in jedem Fall dazu bei, diese Anstrengungen effizienter zu gestalten. Herzlichen Glückwunsch für diese großartige Arbeit, bleiben Sie bitte weiterhin mit am Ball!"

Dr. Emanuel Grün, Vorstandsmitglied des federführenden Wasserwirtschaftsverbandes LIPPEVERBAND, erläuterte auf der Konferenz: „Bei der Wasserwirtschaft zeigt sich beispielsweise, dass Ziele wie Gewässerschutz und Hochwasserschutz nicht losgelöst von anderen Sektoren wie Raumplanung oder Landwirtschaft verfolgt werden können. Indem wir Flussgebietsmanagement konsequent betreiben, begegnet uns die Notwendigkeit zur Koordination quer durch verschiedene Sektoren Tag für Tag".

Aus vielen Stimmen wird eine

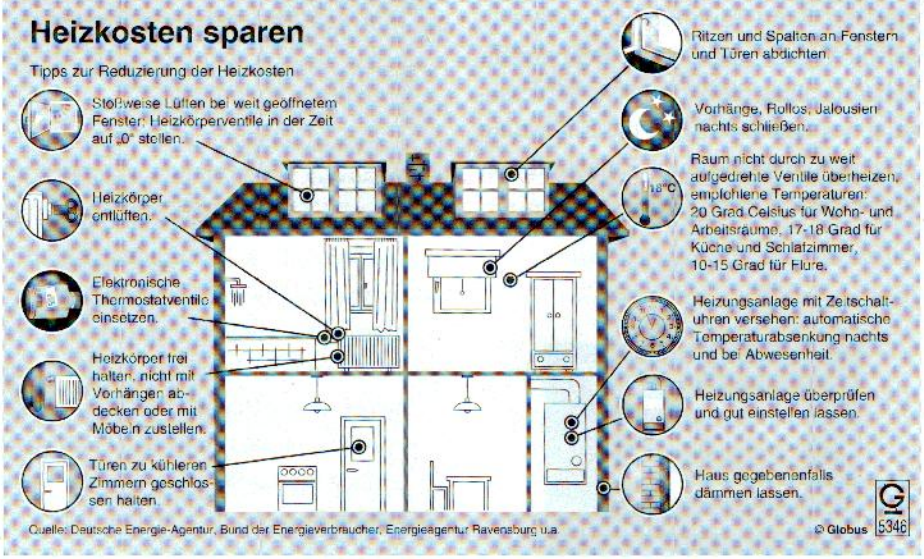
SIC (englisch ausgesprochen: Es-Ei-Ssi) adapt! steht für „Strategic Initiative Cluster" und Anpassung (adapt). Unter der Federführung des LIPPEVERBANDES als „Leadpartner" haben sich im Rahmen des INTERREG IV B-Nordwesteuropa-Programms Partner aus acht Projekten im Netzwerk „SIC adapt!" zusammengeschlossen, um auf der europäischen Bühne mit einer Stimme zu sprechen und dadurch sichtbar und wirksam zu werden. Die Partner aus sieben nordwesteuropäischen Ländern sind die Projekte ALFA, AMICE, C-Change, FloodResilienCity (FRC), ForeStClim, IMCORE, Future Cities und WAVE mit Klimawandelexperten aus Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich, Großbritannien und Irland.

Beispiele

Zu den transnationalen „SIC adapt!"-Projekten gehört beispielsweise „amice", ein Projekt zum grenzüberschreitenden Flussgebietsmanagement für das Einzugsgebiet des Flusses Maas – ein Beispiel für eine ganze Reihe von Gewässern. Berechnungen zu den regionalen Auswirkungen des Klimawandels ergaben, dass die tendenzielle Veränderung „trockene, heiße Sommer infolge geringer Niederschläge" das Quellgebiet der Maas in Frankreich deutlich stärker betrifft als die auf deutscher Seite – in der Eifel – entspringende Rur, einen rechten Zufluss der Maas. „Unsere Talsperren-Bewirtschaftung für das Rur-Einzugsgebiet hat einen wichtigen Einfluss auf die Maas, der zwar im Mittel rechnerisch nur bei sechs bis sieben Prozent liegt, aber gerade bei Niedrigwasser tragen wir zu rund einem Viertel an der Wasserführung der Maas bei", erläutert Dr. Gerd Demny, der im Hause des Wasserverbandes Eifel-Rur

Einsparpotenzial beim Heizen

85 Prozent des gesamten Energiebedarfs von privaten Haushalten werden nach Angaben der Deutschen Energie-Agentur (dena) für Heizung und Warmwasser eingesetzt. Wer einige Regeln befolgt, kann Energie und somit auch Kosten sparen. An erster Stelle für Hausbesitzer steht sicher die richtige Wärmedämmung des Gebäudes und die Nutzung moderner Heizsysteme, die weniger Energie verbrauchen als veraltete Heizungsanlagen. Aber auch der einfache Mieter kann dazu beitragen, dass die Heizkosten möglichst niedrig gehalten werden. Dazu gehören unter anderem das Entlüften der Heizkörper, das Abdichten von Ritzen und Spalten oder das Freihalten von Heizkörpern. Sind Heizkörper mit Möbeln, Verkleidung oder Gardinen verdeckt, beeinträchtigt das die Luftzirkulation und somit die optimale Wärmeverteilung im Raum. Nach Angaben der Energieagentur Ravensburg können so bis zu 20 Prozent der Energie verloren gehen. *Globus*



in Düren (Nordeifel) Projektleiter für die Beteiligung am „amice"-Projekt ist. Es kommt also künftig darauf an, beim Betrieb der Talsperren des Rur-Einzugsgebietes und künftigen Investitionen nicht nur klassische Ziele wie Trinkwasserversorgung und Hochwasserschutz zu berücksichtigen, sondern auch an ein künftiges Absinken des Niedrigwasserspiegels hinter der Grenze zu denken. „Daran ist deutlich geworden, dass ein übergeordnetes Flussgebietsmanagement wichtig ist. Ziel ist letztlich eine länderübergreifende Bewirtschaftung", resümiert Dr. Demny.

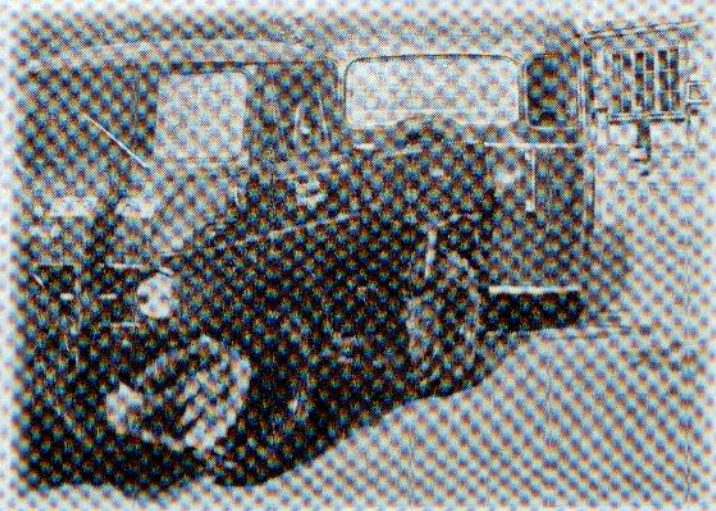
Auf der anderen Seite lohnt sich Flexibilität bei Planungen – zumindest in der Hinsicht, dass Projekte nicht umsonst sein sollen, falls die Klimaprognosen sich nicht im erwarteten Maße erfüllen. „Deshalb setzen wir auf no-regret-Maßnahmen – zum Beispiel bei der Renaturierung des Heerener Mühlbaches im Kreis Unna", erläutert Marie-Edith Ploteau, beim LIPPEVERBAND Projektleiterin für „Future Cities". Die Anpassung an den Klimawandel besteht darin: Die Renaturierung des bisher technisch ausgebauten Abwasserbaches verbessert in der Ortslage Heeren-Werve das Mikroklima, der neue Bach zwischen den Häusern dient als Frischluftschneise. „Aber auch wenn es in Zukunft nicht so viele heiße Sommer gibt", so Marie-Edith Ploteau, „überwiegen die Vorteile, nämlich der Mehrwert an Lebensqualität, die ökologische Verbesserung des Gewässers und die Entlastung unserer Kläranlage durch Einleitung von Regenwasser in das Gewässer".

Quelle: Emschergenossenschaft/ Lippeverband

Was der Unimog 1963 alles konnte ...

[...] Der Unimog soll in der Gemeinde als Mehrzweckfahrzeug Verwendung finden. Es sind verschiedene Anbaugeräte dafür bereits angeschafft, u.a. ein Frontlader, ein Erdschieber, der gleichzeitig als Schneeräumer Verwendung findet, ein Profiliergerät und eine Straßenkehrmaschine. Im Augenblick steht zur Entscheidung die Anschaffung eines einachsigen Müllanhängers für staubfreie Müllabfuhr. Darüber hinaus sei am Rande erwähnt, daß der Unimog einschließlich Fahrer dem im vorigen Jahr gegründeten Schulzweckverband Bennigsen/Gestorf/Lüdersen für die Durchführung der Schulkindertransporte von Gestorf und Lüdersen zur Mittelpunktschule Bennigsen zur Verfügung gestellt wird. Er dient in diesem Falle als Zugmaschine für einen Omnibusanhänger. Damit ist sicher eine wirtschaftliche Ausnutzung aller dieser Geräte gegeben.

Auszug aus DNG 6/1963, Seite 127/128



Bücherschau

Häusler/Häusler

Deutschland stirbt im Westen

Wie die Arroganz der Macht und der ungerechte Ost-Soli unsere Städte in den Ruin treiben

2012, 176 Seiten, 17,95 Euro, ISBN 978-3-902738004

Europa Verlag GmbH & Co. KG, Türkenstr. 55, 80799 München

Die Schuldenkrise ist kein Phänomen ferner Länder. Sie findet bei uns in der Nachbarschaft statt. In Nordrhein-Westfalen ist die Not am größten. Das ist paradox: Während die Westkommunen durch den Solidarpakt verpflichtet sind, Abermillionen für den Aufbau Ost zu überweisen, stecken Städte wie Oberhausen, Duisburg oder Wuppertal milliardentief in der Kreide. Leverkusens Stadtkämmerer Rainer Häusler und der Journalist Martin Häusler fordern einen radikalen Politikwechsel. Denn ohne Stadt ist kein Staat zu machen. Die Autoren legen die Gründe für das Städtesterben im Westen Deutschlands vor und machen deutlich, warum Sparen allein nicht hilft.